

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/024(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 17.10.2006	Julius-Bremer-Str. 8- 10 Raum 732/730	17:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift

- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 268-1 "Neuprester" DS0163/06
- 4.2 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 268-5 "Neuprester - Klusdamm" DS0164/06
- 4.3 Öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 428-3 "Merkurweg" DS0302/06
- 4.4 Satzung der vereinfachten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.250-1 "Kleiner Stadtmarsch/Stadtpark" DS0337/06
- 4.5 Behandlung der Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" DS0345/06
- 4.6 Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" DS0346/06
- 4.7 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-1 "Insleber Straße" DS0347/06

- 5 Informationen
- 5.1 Zwischenbericht zum naturschutzfachlichen Monitoring - Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen auf den Rieselfeldern I0271/06

- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Schmidt, Kurt Dr.

Mitglieder des Gremiums

Canehl, Jürgen

Frömert, Regina

Herbst, Sören Ulrich

Krause, Bernd

Reppin, Bernd

Sachkundige Einwohner/innen

Bunge, Frank

Bunk, Doris

Schönebaum, Jörg

entschuldigt fehlte:

Mitglieder des Gremiums

Schwenke, Wigbert

Verwaltung:

Herr Platz

Herr Warschun

Herr Schulze

Frau Fricke

Frau Wolf

Frau Heinicke

Frau Richter

Herr Wiesmann

Herr Nack

Bg I

Amt 31, AL

Amt 31

Amt 31, Protokoll

Amt 61

Amt 61

Amt 61

Amt 61

FB 62

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden sei. Mit sechs anwesenden Stadträten sei der Ausschuss beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift

Abstimmung: 5-0-0

4. Beschlussvorlagen

4.1. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. DS0163/06 268-1 "Neuprester"

Herr Wiesmann - Amt 61 - stellt die DS vor. Es sei vorteilhafter ein neues Bauleitplanverfahren durchzuführen, als das 1994 angefangene weiterzuführen, da die Gesetzeslage sich mehrfach geändert habe, der Geltungsbereich sich änderte und eine Abgrenzung zu verschiedenen Projektentwicklern vorgenommen worden sei.

Abstimmung DS0163/06: 6-0-0

4.2. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr 268-5 "Neuprester - DS0164/06 Kludamm"

Herr Wiesmann - Amt 61 - stellt die Drucksache vor. Es solle eine eindeutige Stadtkante entstehen sowie die Beseitigung städtebaulicher Missstände vorgenommen werden. Weiterhin sollen für individuellen Wohnungsbau Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Stadtrat Canehl bemängelt, dass der Maßstab der Karte zu klein sei. Herr Wiesmann entgegnet, es läge noch keine Detailplanung vor, die öffentlichen Träger seien noch zu beteiligen.

Herr Stadtrat Canehl erfragt die Grundstücksgrößen. Herr Wiesmann erläutert: diese betragen 500 m² für Einfamilienhäuser, 350 m² für Doppelhäuser und 200m² für Reihenhäuser.

Herr Stadtrat Herbst erfragt den Versiegelungsgrad der Grundstücke und verweist auf den Abstand des Gebietes vom Deich. Herr Wiesmann antwortet, der Versiegelungsgrad betrage 40 %, sonst seien 60 % üblich. Herr Warschun weist darauf hin, dass die Grundwasserabstände entscheidender seien als die Entfernung vom Deich. Herr Stadtrat Schmidt führt aus, dass er das Bauen in Ostelbien auf Grund der erhöhten Hochwassergefahr und der Grundwassersituation fraglich fände. Frau Stadträtin Frömert fragt an, was mit dem Niederschlagswasser passiere, welches zusätzlich zum Drängwasser anfalle. Zu klären wäre, ob es einen Schadensersatzanspruch seitens der Bauherren gegenüber der Stadt, die den B-Plan aufgestellt habe, geben könne. Es seien genug Bauplätze in der Stadt vorhanden. Herr Wiesmann entgegnet, aus diesem Grunde gäbe es die Beteiligung der öffentlichen Träger. Bisher sei nur die Planung voran getrieben worden. Ein Satzungsbeschluss wäre noch offen. Frau Bunk fragt, ob ein

Trennsystem vorhanden sei. Herr Wiesmann führt aus, eine Versickerung sei angedacht, aber es seien auch Zisternen denkbar.

Herr Stadtrat Krause möchte wissen, worin der Vorteil dieses B-Planes bestehe. Herr Wiesmann erklärt, es handele sich um einen Standort am Ortseingang, der optisch aufgewertet werden solle.

Herr Warschun erläutert kurz das Grabensystem in Ostelbien. Es gäbe unterschiedliche Abwassersysteme in diesem östlichen Bereich Magdeburgs.

Herr Stadtrat Canehl merkt an, dass diese Gebiet nicht durch den ÖPNV erschlossen sei. Es handele sich um eine Randlage. Das entspräche nicht einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Es sollten lieber Restflächen entwickelt werden und das Stadtumbaukonzept gestärkt werden. Herr Stadtrat Herbst fügt hinzu, dass es sich hier um ein grundsätzliches Problem handele und das Projekt daher abzulehnen sei.

Herr Stadtrat Reppin führt aus, man solle das Projekt nicht von Anfang an ablehnen, sondern die Entwicklung abwarten. Frau Bunk ergänzt, dass das Vorhaben städtebaulich vertretbar sei, da das Gebiet den Stadtrand abrunde. Die Stellungnahme der öffentlichen Träger solle abgewartet werden.

Abstimmung DS0164/06: 1-5-0

4.3.	Öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 428-3 "Merkurweg"	DS0302/06
------	---	-----------

Frau Richter - Amt 61 - erläutert die Planung. Es sei eine Umweltprüfung durchgeführt worden.

Herr Stadtrat Schmidt merkt an, dass der Fluglärm Probleme verursachen könne, was zu Beschwerden der Bürger nach dem Bau führen könne. Frau Richter antwortet, ein Hinweis auf den Flugplatz befände sich im B-Plan.

Herr Stadtrat Schmidt weist auf den Verkehrslärm von der Salbker Chaussee hin. Frau Richter führt aus, es sei eine Bürgerversammlung vor Ort durchgeführt worden, zu der kein Bürger erschienen sei.

Abstimmung DS0302/06: 4-0-2

4.4.	Satzung der vereinfachten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.250-1 "Kleiner Stadtmarsch/Stadtpark"	DS0337/06
------	--	-----------

Herr Wiesmann - Amt 61 - erläutert die Satzung. Durch den Kauf des Nachbargrundstücks solle das dortige öffentliche Grün als private Grünfläche festgesetzt werden. Herr Stadtrat Canehl fragt, ob Wohnnutzung möglich sei, obwohl nur ein Haus dort stehe. Herr Stadtrat Herbst führt aus, dass die Wiedernutzung des Hauses unterstützt werden solle.

Abstimmung DS0337/06: 5-0-0

4.5.	Behandlung der Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"	DS0345/06
4.6.	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"	DS0346/06

Frau Heinicke - Amt 61 - bringt die Drucksachen ein.

Die Abwägungen werden einzeln abgestimmt.

3.1: 5:0:0

3.2: 5:0:0

3.3: 5:0:0

3.4: 5:0:0

Abstimmung DS0345/06: 5:0:0

Abstimmung DS0346/06: 4:0:0

4.7. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-1 DS0347/06
"Inseleber Straße"

Frau Heinicke - Amt 61 - erläutert den Aufhebungsbeschluss. Der B-Plan ruhe seit 6 Jahren. Es bestehe kein städtebauliches Erfordernis zur weiteren Aufrechterhaltung des Planes.

Abstimmung DS0347/06: 4:0:0

5. Informationen

5.1. Zwischenbericht zum naturschutzfachlichen Monitoring - I0271/06
Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen auf den Rieselfeldern

Herr Nack - FB 62 - legt den Sachstand zum Monitoring auf den Rieselfeldern Gerwisch dar. Diese Flächen seien im Besitz der Landeshauptstadt Magdeburg und daher seien die Ausgleichsmaßnahmen kostengünstig durchzuführen. Da die Flächen in anderen Gemeinden liegen stärke das Vorhaben die interkommunale Zusammenarbeit.

Herr Stadtrat Schmidt weist auf die Ausführungen der unteren Naturschutzbehörde hin, dass die Maßnahmen außerhalb des Stadtgebietes vorgenommen würden. Herr Nack führt aus, dass hier unterschiedliche Auffassungen vorlägen. Das Stadtplanungsamt gehe davon aus, dass der Naturraum anrechenbar sei, obwohl dieser sich nicht in Magdeburg befände. Es gäbe einen Beschluss von 2005, ausgesuchte Pilotflächen zur Realisierung von Maßnahmen vorzusehen. Diese Maßnahmen seien mit der UNB abgestimmt gewesen. Herr Schulze - Amt 31 - erwidert, dass der Ausgleich in den gleichen Naturräumen erfolgen solle. Hier handele es sich um ein Pilotverfahren.

Herr Stadtrat Canehl fragt an, ob die Ökokonten durch die Städte geführt würden. Herr Schulze erläutert, dass die Konten bei der UNB geführt würden. Private Investoren könnten in Vorleistung gehen, entsprechende Grundstücke könnten von den Landkreisen angeboten werden. Aber der Ausgleich solle in den gleichen Naturräumen über den Landkreis hinaus erfolgen. Herr Stadtrat Canehl fragt an, ob es ein Ökokonto des Landes Sachsen-Anhalt gäbe. Herr Schulze antwortet, das Landesamt für Umweltschutz führe im Land die Ökokonten zusammen. In Magdeburg sei noch kein Privater an die Stadt herangetreten, um sich eine Fläche zu reservieren.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende informiert über ein Schreiben des Stadtplanungsamtes zur Erarbeitung einer Drucksache zur Leipziger Chaussee. Eine Kopie liegt dem Protokoll der Ausschussmitglieder bei. Herr Stadtrat Canehl berichtet, dass die Ergebnisse des Workshops „Elbebahnhof“ am 26.10.06 ab 10:00 Uhr in der Mensa des Baudezernates vorgestellt werden sollen. Der Ausschussvorsitzende informiert über ein Schreiben von Frau Heptner - Amt 61 - zu diesem Thema. Danach solle die Vorstellung der Ergebnisse im Dezember in einer gemeinsamen Ausschusssitzung erfolgen. Eine Kopie des Schreibens liegt dem Protokoll der Ausschussmitglieder bei.

Herr Schulze erläutert zum Thema Baumschutz, dass der SFM über größere Fällungen informiere, auch im Betriebsausschuss. Frau Bunk fragt nach, ob die Bäume, z.B. auch im Stadtpark regelmäßig begutachtet würden. Herr Schulze antwortet, eine regelmäßige Kontrolle erfolge bei Straßenbäumen, an öffentlichen Wegen, auch im Stadtpark. Herr Stadtrat Krause fragt, ob auch bei Bäumen mitten im Park eine Regresspflicht seitens der Stadt bestehe. Herr Schulze antwortet, auch Parkbäume würden

inspiziert. Herr Stadtrat Canehl fordert, dass größere und auffällige Baumfällungen in der Presse angekündigt werden sollten. Herr Schulze erwidert, über die Fällung städtischer Bäume werde durch den SFM informiert. Eine Veröffentlichung in der Presse sei aber nicht sicher. Hier greife die Pressefreiheit. Der Ausschuss stimmt dem vorgestellten Verfahren zu.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung um 18:45 Uhr.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Kurt Schmidt
Vorsitzender

Claudia Fricke
Schriftführerin